

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Verlagsstellen: Dresden: Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15091 / Erscheinungstermin: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 11 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 10 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gepaltene Normzeile oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM, Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Bismarckstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abzahl besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Aufrechnung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 15. Oktober 1929

Nummer 241

Mitglieder der Dresdner GAZ als Streifbrecher in Berlin

Berliner SPD solidarisiert sich mit Klarek-Schleber / Faschistisches Schober-Programm aufgestellt / Fünf Arbeiter sollen auf Mussolinis Befehl ermordet werden / Neuer Umsturz in China

Das ist Sozialfaschismus:

Dresdner DMV als Unternehmeragent

Dresden, 15. Oktober

Der Kampf der Berliner Kohrleger um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geht mit unerminderter Schärfe weiter. Bis jetzt ist es der Einheitsfront der Unternehmer und der Reformisten nicht gelungen, die Front der Berliner Heizung-, Gas- und Wasserinstallateure zu brechen. Zweifellos wäre das Unternehmertum bereits in die Knie gezwungen, würde sich nicht die Gewerkschaftsbürokratie in geradezu schamloser Weise als Unternehmeragent betätigen. Auch die Dresdner DMV-Ortsverwaltung organisiert den Streifbruch zugunsten der Unternehmer. Wir sind in der Lage, heute die Namen zweier Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend zu veröffentlichen, die durch die Dresdner DMV-Ortsverwaltung zu Kohrlegerarbeiten nach Berlin vermittelt worden sind und sich jetzt dort als Streifbrecher betätigen. Es handelt sich um Rudi Sejerst, Jungmannstraße, und Hellmut Fischer, Laubegaitz.

Zweifellos sind noch mehr solcher eheleier Schulte von der Dresdner Ortsverwaltung vermittelt worden. Wie bewußt der Streifbruch durch die reformistischen Vertreter organisiert wird, zeigt die Tatsache, daß Sejerst nicht etwa arbeitslos war, sondern als Mechaniker hier beschäftigt wurde und hier seine Arbeit aufgab, um in Berlin unter Ulrichs Befehl seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Die Abreise der beiden Sozialfaschisten geschah mit Willen der Dresdner DMV-Ortsverwaltung und sicher sind sie nicht die einzigen, die von Dresden aus zum Streifbruch nach Berlin vermittelt wurden.

Dem heroischen Kampf, den die Berliner Kohrleger gegen das Unternehmertum und seine sozialfaschistischen Agenten führen, soll durch unerhörten Terror, durch schärfsten Treid aller reaktionären Kräfte eine Niederlage bereitet werden. Die Ortsverwaltungen des DMV haben die Rolle der Streifbrecherermittlung als Katalysator der Bourgeoisie übernommen und aus allen Städten wird versucht, selbst Nichtfachleute nach Berlin als Streifbrecher zu entlocken. Die empörende Schandrolle, die das verkommenen Führergesindel des DMV in diesem Kampf spielt, wird durch unsere Meldung erneut bekräftigt und zeigt, daß auch die Dresdner DMV-Sozialfaschisten in der Front der Streifbrecheragenten stehen. Gleichzeitig wird auch die Rolle der Sozialdemokratischen Jugendorganisation gekennzeichnet, die jetzt zum Keilspitz für die schurkischen Streifbrechererfuche geworden ist.

Die Berliner Kohrleger kämpfen jetzt schon nicht nur um die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen, sondern sie führen einen Kampf gegen die Fesseln, die alle Arbeiter an Händen und Füßen umstricken. Sie kämpfen für die Sache des gesamten Proletariats, sie haben als revolutionäre Sturmtruppe die Schlacht gegen Unternehmertum, Gewerkschaftsbürokratie, Staatsgewalt, Streifbrecher und Pinkertons aufgenommen. Ihr Kampf hat die größte Bedeutung für alle künftigen Lohnbewegungen.

Ungeachtet des Kleinapparates, den das Unternehmertum und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegen die streifenden Kohrleger mobilisiert haben, steht die Kampffront fester denn je. Sie läßt sich auf die Sympathie und Hilfsbereitschaft der Massenbewachten, revolutionären Arbeiter. Die Kommunistische Partei, die vom ersten Moment des Kampfes an den Streif der Berliner Kohrleger unterstützt hat, die gemeinsam mit den Streifenden gegen die Streifbrecheragenten des DMV kämpft, ruft abermals der Arbeiterschaft zu: Verleiht eure Kräfte, unterstützt mit allen Mitteln durch Geld- und Lebensmittelfeststellungen die kämpfenden Berliner Kohrleger!

Zeigt den sozialfaschistischen Streifbrechern, daß der Gedanke der proletarischen Solidarität ihnen zum Trost steht!

Der Appell der Parteileitung der KPD, der Streifleitung der Kohrleger und Helfer und der Internationalen Arbeiterhilfe einen Stundenlohn auf die Listen der IAH für die Streifenden zu zeichnen, muß auch von der ostfächlichen Arbeiterschaft befolgt werden. Keine Hilfe tut not, sie härkt den Kampfswillen der Berliner Kohrleger.

Darum sammelt Geld und Lebensmittel und führt alles sofort ab an die Internationalen Arbeiterhilfe, Dresden, Koppiß 18.

Theodor Leipart verunglückt



Der berühmte Reformist ist gestern bei einer Autotour im Wagna des Direktors Bachem von der Arbeiterbank auf der Knusdahn schwer verunglückt. Er wurde lebensgefährlich verletzt ins Berliner Hildegard-Krankenhaus transportiert.

5 italienische Arbeiter sollen getötet werden!

Protestiert gegen faschistischen Justizwahn!

Fünf Arbeiter Italiens sollen durch Mussolinis Klassengericht hingerichtet werden. Die Anklage lautet auf „Gefährdung des Staates“ und soll nach der ganzen Vorbereitung auf einen Todesurteil gefällt werden. Die Arbeiterklasse muß ihre Stimme des Protestes erheben und der Mussolinijustiz in den Arm fallen. Die Dresdner Kartellierung der

Antifaschistischen Arbeitermehr protestierte in folgendem Telegramm:

Italienische Folschaft Berlin W 10 Bismarckstraße 26

Antifaschistische Arbeitermehr, Bezirkskartell Ostfachsen, protestiert gegen Ermordung der fünf Arbeiter Italiens durch schamlose faschistische Massenjustiz Italiens. Fordern sofortige Freilassung der zu unrecht angeklagten Arbeiter.

Antifaschistische Arbeitermehr, Bezirkskartell Ostfachsen J. W.: geg. Unterschrift

Die Arbeiter müssen in ihren Versammlungen gegen die faschistischen Mörder protestieren, sie brandmarken und betonen, daß der Schurke Mussolini die faschistischen Kettenhunde Hitlers finanziert, um durch sie die deutschen Arbeiter ebenso niederzuschlagen zu lassen, wie das italienische Proletariat.

Streif in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Belegschaft der Abteilung Galvanit von der Firma Lorenz, Tempelhof, in den Streif getreten ist, wurden am Montag von den Nachweilen Galvanitfeuer und Trodenmacher vermittelt. Um 8 Uhr legten daraufhin die Metallschleifer, Glänzer und Brenner aus Solidarität die Arbeit nieder. Die Betriebsleitung erklärte nun, daß sie sich wie in einem Irrenhaus verhalte und sich gezwungen sehe, beim Verband Berliner Metallindustrieller einen Antrag auf Aussperrung der Gesamtbelegschaft zu stellen.

Die Forderungen der Kollegen ergeben sich zum größten Teil aus dem Antreibberghem, den ungenügenden Verhältnissen und der unmenslichen Behandlung durch einen Meister.

Die Streifenden sind entschlossen, ihre Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen. Sie lauten: 100prozentige Lohn-erhöhung, Anschaffung von Ventilatoren, Anschaffung von Kästen und Spindeln zur Aufbewahrung der Lebensmittel der Belegschaft und Anschaffung von Garzeroberschützen.

Korruption als Prinzip:

Berliner SPD deckt Klarek-Skandal

Berlin, 15. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag sagte ein außerordentlicher Bezirksparteitag der SPD Berlin, der sich mit dem Kommunalwahlen beschäftigte. Der Hauptreferent, der sozialdemokratische Stadterordnungsreferent, sagte, ohne daß die Delegierten irgendwelche Einwürfe erhoben, folgende Ausführungen:

„Der von der Partei eingesetzte Untersuchungsausschuss hat sämtliche gegen unsere Genossen erhobenen Anschuldigungen eingehend geprüft und weder hinsichtlich noch moralisch die Haltbarkeit auch nur einer Beschuldigung feststellen können.“

Er erlaubte den Parteitag, die Genossen nicht zu verurteilen, bevor einwandfreie Feststellungen gemacht sind. Während des bürgerlichen Stadterordnungs sind noch ganz andere Dinge passiert, so daß wir sagen können, daß wir durchaus nicht schlechter als die bürgerlichen registriert haben.“

In der Diskussion machte Eugen Künster folgende Feststellungen:

„Mit den Beschuldigungen gegen Genossen hat sich ein Auspruch von Mitgliedern des Bezirksvorstandes und der Stadterordnungsinstanz sowie anderer Genossen (die Schieber selbst und ihre Freunde! Die Red.) zusammengelehrt, (ist eine ganze Woche beschäftigt. Bis in die Nächte hinein hat der Auspruch alles unterleuchtet, was gegen die Genossen vorgebracht wurde. Wir müssen feststellen, daß nicht ein einziger Genosse in krimineller oder moralischer Beziehung belastet ist. Wir hoffen, daß die noch immer weitergehende Untersuchung dasselbe Ergebnis hat.“

Er fügte die Bitte hinzu, keiner falschen Heroikität zum Opfer zu fallen.“ Dann schloß er sich den demagogischen Drob, daß die SPD nachprüfen müsse, ob sie mit den Demokraten wegen ihrer Belastung im „Klarek-Skandal“ nach weiter im Reichsbanner (!) zusammen arbeiten könne.

Keiner der Funktionäre erhob keine Stimme zum Protest. Kein Delegierter drückte kein Mikrophon gegen die Beweisen und zum Teil einseitigen Millionenchwandeleien der SPD aus. Die Diskussion begann erst mit dem Freisitzen um die Stadterordneten- und Stadtratsliste.

Damit ist die von uns vorausgesagte Solidarifizierung der Berliner SPD-Instanzen mit den Korruptionisten erfolgt. Sie ist für den, der die SPD in ihrer inneren Zusammenfassung erkannt hat, beinahe eine Selbstverständlichkeit. Ein Schurke kann nicht den anderen preisgeben.

Für den ehrlichen Arbeiter darf es darauf nur eine einzig mögliche Antwort geben: Nicht nur am 17. November die SPD aus den Gemeindeparlamenten hinausjagen, sondern jedem sozialdemokratischen Arbeiter klarzumachen, daß er sich nicht schuldig macht an den Millionenchwandeleien der SPD, wenn er noch länger Mitglied dieser Partei bleibt.

Heraus aus der Partei der Schieber, der SPD, muß es lauten! In allen Betrieben erschaffen!